



© OLAF KRÖSTITZ

Am 7. Oktober wurde im Kulturhaus Karlshorst der zweitälteste deutsche Kabarett-Preis DER EDDI verliehen. Gesine Löttsch und Camilla Schuler gratulierten dem ausgezeichneten Duo Pigor & Eichhorn, das mit Ausschnitten aus seinem Programm „Pigor singt – Benedikt Eichhorn muss begleiten“ das Publikum begeisterte.

Ich sag mal ...



© PRIVAT

Nun ist er da, der Herbst. Prätig gefärbtes Laub, ausgedehnte Spaziergänge, kunstvoll gebastelte Kastanienfiguren, Pumpkin-Spiced-Latte bei US-amerikanischen Kaffeeketten – viele Menschen freuen sich auf die Jahreszeit.

Andere jedoch blicken mit blanker Angst auf die länger und kälter werdenden Nächte. In den Jahren von 2016 bis 2020 erfroren mindestens 29 Menschen in Berlin, viele von ihnen wohnungs- oder obdachlos. Seitdem dürfte sich die Anzahl von Menschen mit akuter Wohnungsnot weiter erhöht haben. Hohe Inflation und Wohnraumkrise sowie das Ausbleiben politischer Lösungen dagegen haben die Situation weiter zugespitzt.

Und wie reagiert der Schwarz-Rote Senat? Indem er das von der Vorgängerregierung unter linker Federführung beschlossene „Netzwerk der Wärme“ nach nur einem Jahr beenden möchte. Dadurch wird Projekten, die warme Mahlzeiten und Aufenthaltsplätze anbieten, kurzerhand die finanzielle Grundlage entzogen. Eine solche Regierung, die sowohl die Grundlagen der Wohnungsnot weiter verschärft als auch direkte Hilfe versagt, kann ohne weiteres als Senat der sozialen Kälte bezeichnet werden.

MAX GALLE

GESINE LÖTZSCH

Die Ampel steht auf Gelb

Der Kanzler und seine Leute sind mit allen Krisen überfordert. Kriege werden zu Flächenbränden. Immer mehr Menschen versuchen, den Krisen zu entfliehen und kommen nach Deutschland. Die Wirtschaftskrise hat unser Land ergriffen. Armut wird immer sichtbarer auf den Straßen Berlins. Mieten und Energiekosten steigen weiter an.

Lösungen haben SPD, Grüne und FDP nicht anzubieten. Die Bundesregierung lässt einfach alles laufen. Sie hat keine Vorschläge zur Beendigung des Krieges in der Ukraine. Sie hat keine Idee, wie die Kommunen die vielen Geflüchteten unterbringen und versorgen sollen. Sie hat den Kampf

gegen die Kinderarmut aufgegeben. Preiswerte Wohnungen werden kaum noch gebaut, und die Heizkosten gehen durch die Decke.

In Bayern und Hessen wurde die Bundesregierung für ihre Politik abgestraft. Die Ampel steht auf Gelb. Es würde mich nicht wundern, wenn der Kanzler auf Schwarz, Rot, Gelb umschaltet. Doch die CDU hat noch weniger Lösungen anzubieten als die Ampel. Die CDU will noch mehr Waffen an die Ukraine liefern. Sie möchte noch mehr Geld für Waffen ausgeben. Sie will, wie die FDP, bei sozialen Aufgaben kürzen und die Krisengewinner schonen. Das sind keine Lösungen, sondern Vorschläge, die uns noch tie-

fer in die Krise führen und unser Land weiter spalten werden.

Die Lösungen liegen auf der Hand: Wir brauchen einen Waffenstillstand in der Ukraine und ein Ende der weltweit 20 Kriege. Wir brauchen wieder Diplomatie statt Waffenexporte. Armut kann nur bekämpft werden, wenn wir Reichtum gerecht besteuern. Krisen- und Kriegsgewinner müssen endlich eine Übergewinnsteuer bezahlen. Das klingt einfach, doch es ist schwierig umzusetzen, weil DIE LINKE im Bundestag die einzige Partei ist, die konsequent für Frieden und soziale Gerechtigkeit eintritt.

GESINE LÖTZSCH

Unterschreiben

Eine Million Unterschriften für Kuba – im Gespräch mit Miriam und Justo



Kürzen

Elterngeldkürzungen sind der falsche Ansatz



Kämpfen

Gemeinsam gegen Kinderarmut



Wählen

DIE LINKE startet den EU-Wahlkampf



KURZ GEMELDET

MITMACHEN LOHNT SICH

Auch im Jahr 2024 können Lichtenberger Schulen am Projekt „Schülerinnen-Haushalt“ teilnehmen und bis zu 3.000 Euro erhalten. Das Projekt soll Heranwachsende an das Thema Mitbestimmung heranführen. Teilnehmenden Schulen wird ein Budget zur Verfügung gestellt, über dessen Verwendung sie demokratisch entscheiden können. Möglich sind zum Beispiel Renovierungs- und Verschönerungsaktionen am Schulgebäude, Workshops, Schulfeste und Ausflüge. Die Bewerbungsfrist endet am 8. Dezember 2023.

Informationen zum Bewerbungsverfahren gibt es unter www.schuelerinnen-haushalt.de/aus-schreibung.

RECYCLING-KUNST

Am 19. Oktober ist die Ausstellung „Organic Geometric“ in der rk-Galerie für zeitgenössische Kunst eröffnet worden. Das Lichtenberger Designer- und Künstlertrio Paola Kubes, Andrea Bonfini und Fabrizio Frau stellt in seinem Atelier handgefertigte Werke aus recyceltem Material her. Die aktuelle Ausstellung wurde eigens für die Räume der Galerie im ehemaligen Ratskeller konzipiert. Sie kann bis zum 17. Januar 2024 montags bis freitags von 10 bis 18 Uhr in der Möllendorffstraße 6 besichtigt werden. Der Eintritt ist kostenlos.

13 – EINE GUTE ZAHL

Am Freitag, dem 13. Oktober, haben Schülerinnen und Schüler der Robinson-Grundschule gemeinsam mit der Bezirksstadträtin für Familie, Jugend und Gesundheit, Camilla Schuler, die 13. „Erkundungs-Kinder-Karte-Weitlingkiez-2023“ vorgestellt. Kinder der Klasse 5b begaben sich auf ausführliche Erkundungstouren durch ihren Kiez und kartierten in Wort und Bild für sich und andere Kinder ihr Umfeld im Bezirk. Sie haben positive Eindrücke aufgenommen, sparen aber auch negative nicht aus. Die Karte enthält für die Kinder wichtige Orte wie Spiel- und Sportplätze, aber auch Räume, die sie als beängstigend oder einfach „nicht so gut“ empfinden.

TATJANA BEHREND

Druckfrisch verteilt

Direkt aus der Druckerei – eben war die Zeitung noch warm, schon verteilen wir am Folgetag an allen größeren S- und U-Bahnhöfen die neueste Ausgabe. Gemeinsam mit vielen frühauftretenden Genossinnen und Genossen drücken wir die info links den vorbeieilenden Passanten in die Hand. Manche strecken schon von weitem die Hand aus, manche werfen einen ersten abschätzenden oder skeptischen Blick auf die Titelseite, manche ignorieren uns natürlich auch – wir erleben die gesamte Bandbreite normaler Reaktionen. Einige bleiben aber auch stehen und suchen direkt das persönliche Gespräch, am besten gleich mit der Abgeordneten selbst. Dr. Gesine Löttsch ist jedes Mal mit dabei und nutzt die Gelegenheit, den Bürgerinnen und Bürgern ihres Wahlkreises (und nicht nur diesen) Rede und Antwort zu stehen.

Besondere Aufmerksamkeit finden unsere Aktionen dann, wenn wir nicht nur Zeitungen, sondern wie jetzt im Oktober auch einen Apfel in die Tüte



Medienwirksame Frühverteilung der info links – der rbb filmte die Abgeordnete in Aktion.

gepackt haben. Ein paar Vitamine kann in dieser Jahreszeit schließlich jeder vertragen.

Unsere Verteilaktion fand dieses Mal sogar Beachtung bei den Journalisten des rbb, die mit Kamera und Mikrofon unsere Abgeordnete in Aktion erleben konnten. Deutet sich da etwa tatsächlich die Berichterstattung zu

eventuellen Bundestagswahlen an? Falls ja, diesen ersten Test, auf ihre Wählerinnen und Wählern zuzugehen, den hätte Gesine bestanden. Und für die nächsten Schritte stehen wir fest an ihrer Seite. ANDREA SCHACHT

Eine Straße für den Osten

Gut 160 Menschen folgten Ende September der Einladung unserer Fraktion ins Biesdorfer Theater am Park, um sich über die Zukunft der berühmten Tangentialverbindung Ost (TVO), einer seit Jahrzehnten vorgesehenen Straßenverkehrsverbindung zwischen der Märkischen Allee und Adlershof, zu informieren und zu debattieren. Die Trasse soll unmittelbar an der östlichen Begrenzung des Tier-

parks und vorbei an Karlshorst führen.

Es war in weiten Teilen ein sachkundiges Publikum, das sich erwartungsgemäß in zwei Lager spaltete – Befürworter und Gegner der TVO. Das spiegelte sich auch im Podium der von mir moderierten Runde wider. Dort plädierte Peter Ohm vom Verband deutscher Grundstücksnutzer für eine schnellstmögliche Realisierung, Tilman Heuser vom BUND wiederum

kündigte schon jetzt die Nutzung des Verbandsklagerechts gegen die TVO an und hatte in der Ablehnung auch Maik Matthus von der neu gegründeten Bürgerinitiative Wuhlheide an seiner Seite. Während Christfried Tschäpe vom Fahrgastverband IGEB Kritik vor allem daran äußerte, dass das Vorhaben einer parallel zur TVO verlaufenden Nahverkehrsbahntrasse vom Planungsverfahren abgekoppelt wurde, wodurch deren Umsetzung deutlich schwieriger werde.

Es war dann am verkehrspolitischen Sprecher und Marzahn-Hellersdorfer Abgeordneten Kristian Ronneburg, den aktuellen Stand des Verfahrens wiederzugeben. Demnach will der Senat noch in diesem Jahr die Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens verkünden, dessen Abschluss nach spätestens drei Jahren für Bau-recht sorgen soll. Etwa 400 Millionen Euro würde der Bau der Trasse Ende jetzt kosten, 2033 könnte sie vollständig in Betrieb gehen. Teil des Verfahrens ist auch eine Bürgerbeteiligung. Wir sind uns sicher: Nicht nur die bei der Diskussion Anwesenden werden diese Möglichkeit weidlich zu nutzen wissen.

HENDRIKJE KLEIN



Fraktionschef Carsten Schatz ließ es sich nicht nehmen, die zahlreichen Gäste zu begrüßen.

Eine Million Unterschriften für Kuba

Miriam und Justo von Cuba Si fordern US-Präsident Biden auf, Kuba von der US-Terrorliste zu streichen |

Von Klaus Singer



Miriam und Justo in der Geschäftsstelle von Cuba Si im Karl-Liebknecht-Haus. Wer die Petition für Kuba unterschreiben oder Unterschriften sammeln will, kann sich direkt an Cuba Si wenden.

■ Warum sammelt ihr Unterschriften für Kuba?

Miriam: Wir wollen eine Million Unterschriften an US-Präsident Biden übergeben. Er muss Kuba von der US-Terrorliste streichen.

■ Warum steht Kuba auf der Liste?

Miriam: Der ehemalige Präsident Trump hat Kuba auf diese Liste gesetzt.

■ Wie kam er darauf?

Kuba hat, wie Norwegen auch, in Kolumbien zwischen der Regierung und der früheren Guerillaorganisation FARC vermittelt. Die USA hat die FARC als terroristische Organisation eingestuft und damit auch Kuba als angeblich terroristischen Staat auf ihre Liste genommen.

■ Steht Norwegen auch auf der US-Terrorliste?

Miriam (lacht): Natürlich nicht. Für Kuba ist das ein riesiges Problem. Wer auf dieser Liste ist, wird vom Welthandel faktisch ausgeschlossen. Finanztransaktionen werden blockiert. Nur ein kleines Beispiel: Die Stones spielten auf Kuba vor einigen Jahren ein Konzert. Wer eine DVD von dem Konzert bestellen wollte, konn-

te das nicht, weil die Transaktion von den Banken blockiert wurde.

■ Warum knüpft Biden nicht an die Politik von Obama an?

Justo: Die Fragen stellen sich viele Kubaner auch. Bei der Präsidentschaftswahl hatten wir die Hoffnung, dass Biden die Wahl gewinnt. Doch Biden hat die Politik von Trump fortgesetzt. Ein Grund ist der große Einfluss der Kontras, also der Kubaner, die in den USA leben, auf die Politik beider Parteien.

■ Wie verhält sich die Bundesregierung zur US-Politik gegenüber Kuba?

Miriam: Die Bundesregierung stimmte in der UN-Vollversammlung mit der großen Mehrheit der Staaten für ein Ende der US-Blockade. Doch die Regierung könnte mehr tun. Von den US-Sanktionen sind auch Drittstaaten betroffen. Die USA kann z.B. deutsche Unternehmen bestrafen, die mit Kuba Handel treiben.

Damit verstoßen die US-Sanktionen gegen EU-Recht. Die Bundesregierung tut nichts dagegen.

■ Wie ist die Situation auf Kuba?

Justo: Wir haben eine Energiekrise.

Alle sechs Stunden wird der Strom abgestellt. Das ist besonders im Sommer ein Problem. Kühlschränke fallen aus und Lebensmittel verderben. Viele Lieferanten trauen sich nicht, Erdöl an Kuba zu verkaufen. Händler, die uns beliefern, wollen das Geld vorab überwiesen bekommen.

Miriam: Die Infrastruktur Kubas müsste grundlegend erneuert werden. Dafür braucht es große Investitionen. Doch viele Geldgeber wollen sich nicht mit den USA anlegen.

■ Cuba Si gibt es seit über 32 Jahren. Wie erklärt ihr diese anhaltende Solidarität mit Kuba?

Miriam: Wir haben eine Geschäftsstelle im Karl-Liebknecht-Haus, und wir haben viele Spender und viele ehrenamtliche Helfer, die Infostände und Veranstaltungen durchführen, Sachspenden abholen.

Justo: Wir haben im ganzen Land Unterstützergruppen. Natürlich auch in Berlin. Hier treffen wir uns jeden Mittwoch, um unsere Arbeit zu organisieren. In ganz Europa gibt es ca. 130 Organisationen, die Kuba unterstützen, und ich habe den Eindruck, dass es immer mehr werden. Viele Menschen, die Kuba besucht haben,

sind von unserem Land beeindruckt und wollen uns mit Spenden helfen.

■ Für mich ist die „Fiesta de Solidaridad“ in der Lichtenberger Parkaue eine der schönsten Partys in Berlin ...

Miriam: Ja, es waren rund 2.500 Menschen bei der Fiesta dabei. Das macht viel Arbeit. Rund 50 Ehrenamtliche transportieren, grillen und betreuen Infostände. Ohne sie wäre das nicht möglich.

Justo: Die Leute kommen nicht nur aus ganz Deutschland, sie kommen aus ganz Europa. Die nächste Fiesta steht auch schon fest. Sie findet am 27.7.2024 wieder in der Parkaue statt.

■ Wie viele Unterschriften habt ihr schon zusammen?

Justo: 320.000. Da brauchen wir noch viel Unterstützung!

Miriam: Bis zum 10. Dezember 2023, dem Internationalen Tag der Menschenrechte, können noch Unterschriften gesammelt werden.

■ Wer mehr wissen will:

Telefon 24009-455
Web: www.cuba-si.org und
www.die-linke.de,
Mail: berlin@cuba-si.org

Bundesrechnungshof mahnt Verkehrsminister Wissing

„Es ist nicht Volker Wissing, der die Klimaziele im Verkehr nicht erreicht, es sind die Bürgerinnen und Bürger, die die Klimaziele nicht erreichen.“ Mit diesem absurden Statement versuchte Christian Lindner seinen FDP-Parteifreund Volker Wissing zu verteidigen. Der Bundesrechnungshof sieht das entschieden anders und stellt fest, dass der Verkehrsminister seiner Verantwortung für den Klimaschutz im Sektor Verkehr nicht gerecht wird. Dieser solle diesbezüglich „unverzüglich“ handeln. Dr. Gesine Löttsch sieht hier auch Olaf Scholz in der Verantwortung: „Der Kanzler sollte auch mal bei der FDP ein Machtwort sprechen.“

Fachkräftemangel in der Kita

Vor 10 Jahren wurde der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung eingeführt. Das bedeutet nicht, dass heute genügend Betreuungsplätze zur Verfügung stehen. Es herrscht ein hoher Fachkräftemangel nicht zuletzt wegen fehlender finanzieller Ausstattung, aufgrund dessen Betreuungszeiten nicht garantiert werden können. Eine Umfrage des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) ergab, dass im abgefragten Quartal bereits 57% der Befragten aufgrund von Zeitkürzungen oder Einrichtungsschließungen betroffen waren. Da Eltern infolgedessen die Kinderbetreuung privat ausgleichen müssen, überträgt sich der Fachkräftemangel auch auf andere Bereiche.

FDP blockiert Mindestloohnerhöhung

Die Mindestlohnkommission hat im Sommer eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes ab Januar 2024 auf 12,41 Euro pro Stunde beschlossen. Die Arbeitgeberseite setzte sich mit ihrer Forderung durch und erntete breite Kritik von Sozialverbänden, Gewerkschaften und Beschäftigten. Die Erhöhung bedeutet bei der derzeitigen Inflation einen Kaufkraftverlust von immer noch 7% für Geringverdienende. Nach ausgedehnter Bedenkzeit räumen nun auch Lars Klingbeil und Ricarda Lang ein, dass die geplante Erhöhung nicht ausreicht. Leider stoßen sie dabei auf heftigen Protest des Koalitionspartners FDP. Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag fordert eine sofortige Erhöhung auf 14 Euro pro Stunde. MAX GALLE

Elterngeld kürzen?

290 Mio. Euro weniger Elterngeld. Das ist der Vorschlag der Familienministerin Paus (Grüne). Die Kürzungen sollen vor allem Familien mit hohem Einkommen treffen. Eltern, die ein Haushaltseinkommen von mehr als 150.000 Euro haben, sollen kein Elterngeld mehr bekommen. Klingt auf den ersten Blick sozial gerecht, ist es aber nicht.

In der öffentlichen Diskussion wurde für diesen Vorschlag Verständnis gezeigt, aber auch viel Kritik geübt. Einige waren der Auffassung, dass man die 290 Mio. Euro lieber den Müttern geben sollte, die sehr wenig Elterngeld bekommen. Andere verwiesen zu Recht darauf, dass das Elterngeld seit 16 Jahren nicht mehr erhöht wurde. In Anbetracht der Inflation wäre eine Erhöhung überfällig. Doch es geht hier nicht um Umverteilung von oben nach unten. Das Geld soll nicht umverteilt werden, sondern ganz wegfallen.

Für mich ist es der grundsätzlich falsche Ansatz. Bevor wir bei unseren Kindern kürzen, sollten wir in allen anderen Bereichen das Geld zusammenkratzen. Da muss man auch nicht lange suchen. Es gibt unzählige Beispiele von Verschwendung von Steuermitteln. Der größte Verschwender ist mit Abstand Verteidigungsminister Pistorius (SPD). Wenn es um den Kauf von Panzern und Raketen geht, spielt Geld keine Rolle. Da geht es nicht um 290 Mio. Euro, da werden Milliardenaufträge im Stundentakt an Rüstungskonzerne vergeben.

Aber auch bei klimaschädlichen Subventionen gibt es Kürzungspoten-

zial. Allein die Streichung des Dienstwagenprivilegs würde 3,1 Mrd. Euro pro Jahr sparen. Warum müssen wir Manager, die mit überdimensionierten Dienstwagen über die Autobahnen rollen, subventionieren? Das versteht kein Mensch! Warum müssen wir die Lufthansa und andere Airlines von der Energiesteuer auf Kerosin befreien? Das kostet uns 8,36 Milliarden Euro pro Jahr. Doch diese Subventionen sind offensichtlich für die Ampel heilig und deshalb unantastbar.

Der Streit um das Elterngeld hat noch eine andere Seite. Auf den Rücken der Kinder wird ein Streit zwischen Grünen und FDP ausgetragen. Die Grünen wollten mit den Kürzungen des Elterngeldes für Besserverdienende vor allem das FDP-Klientel treffen. Doch jetzt kommt der Bumerang: Die FDP-Fraktion im Bundestag will den Elterngeldanspruch für Paare von bis zu 14 auf grundsätzlich nur noch zwölf Monate zusammenstreichen, und zwar für alle Einkommensgruppen. Die Kürzungen würden dann auch die Mütter und Väter treffen, die auf das Elterngeld wirklich angewiesen sind.

Die Diskussion um das Elterngeld ist ein Lehrbeispiel, wie die Ampel es immer wieder schafft, von den eigentlichen Problemen abzulenken. Kinder bekommen in unserem Land nicht zu viel, sondern zu wenig Geld. Wir müssen endlich das Geld dort einsammeln, wo es von der Bundesregierung aus dem Fenster geworfen wird: bei der Bundeswehr und bei klimaschädlichen Subventionen.

GESINE LÖTZSCH

6,2

ZAHL DES MONATS

In der Diskussion über Straßenblockaden der „Letzte Generation“ kommt mir ein Aspekt zu kurz. So richtig es ist, dass 26% aller CO₂-Emissionen in der EU durch Autos verursacht werden, so wahr ist auch, dass aufgrund steigender Mieten immer mehr Menschen zum Umzug in Außenbezirke und Vorstädte gezwungen werden, in denen der ÖPNV viel schlechter ausgebaut ist als in den Innenstädten oder ganz fehlt. Müssen diese Menschen in die Städte bzw. ihre Zentren pendeln, sind sie daher häufig auf einen PKW angewiesen. Laut Arbeitsagentur liegt die Zahl derer, die ihren Wohnkreis verlassen müssen, um in einem anderen Kreis zu arbeiten, bei über 13 Mio. (Stand: 2021). Es ist also nicht so, dass Menschen, die im PKW zur Arbeit fahren, mehrheitlich zu bequem oder zu wenig umweltbewusst sind – sie können sich die Nähe zum Arbeitsplatz schlicht nicht leisten.

Auch deshalb nahm die Zahl der zugelassenen Autos (in Dt.) in den letzten 10 Jahren deutlicher zu als die Bevölkerung. Was bei der Zunahme aber besonders auffällt: Die Zahl der Haushalte, die über drei oder mehr Autos verfügen, erhöhte sich auf 6,2% (um 50%). Hier scheinen allerdings nur wenige Fälle denkbar, in denen Mitglieder eines Haushaltes je einzeln auf einen eigenen PKW aus oben genannten Gründen angewiesen sind. Viel eher ist der Besitz von drei oder mehr Autos auf ein Übermaß an Geld oder/und der Faszination am Automobil zurückzuführen. Beides Luxusgründe, die mit einer Luxus-Steuer Einnahmen für den Klimaschutz einbringen müssten.

TINKO HEMPEL



Am 20. September gab es eine große Demonstration von Beschäftigten aus vielen Krankenhäusern vor dem Brandenburger Tor. Sie forderten die Bundesregierung auf, das Kliniksterben zu beenden. Mit dabei waren Gesine Löttsch und Michael Mielke, Geschäftsführer des Evangelischen Krankenhauses Königin Elisabeth Herzberge.

SPRECHSTUNDE

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Löttsch** ist erreichbar:

- Wahlkreisbüro, Zingster Straße 12, 13051 Berlin
- Bürgersprechstunde mit Dr. Gesine Löttsch: **Dienstag, 21.11., 17 bis 19 Uhr**
Anmeldung unter: Telefon 99 27 07 25 oder gesine.loettsch@bundestag.de



© PRIVAT

Preisträger Antonio da Silva im Stadtpark Lichtenberg.

Wenn wir uns treffen, geht es uns gut

Zugegeben, ich hatte noch nichts von Malte Voß oder Antonio da Silva gehört. Das änderte sich mit der Verleihung des diesjährigen Lichtenberger Integrationspreises am 3. Oktober. Dem Aufruf des Bezirksamtes, Vorschläge für den Preis einzureichen, folgte eine ganze Reihe interessanter und würdiger Bewerbungen. Die Jury machte es sich nicht leicht, war sich dann aber doch sehr einig.

Der Filmemacher Malte Voß hatte sich für Antonio da Silva als Preisträger stark gemacht. Unter anderem mit diesen Worten: „Antonio da Silva ist ein Macher und Netzwerker. Seine Taten sind ein Zeichen für Solidarität und Menschlichkeit, die Grundpfeiler einer lebenswerten Gesellschaft. Besonders, da sein Engagement eher informeller Natur ist und selten öffentlich sichtbar wird, sollte es durch den Integrationspreis gewürdigt werden, um aufzuzeigen, wie Einzelinitiativen das soziale Gefüge stärken.“

Malte Voß hat Antonio da Silva kennengelernt, als er im Auftrag des Runden Tisches für politische Bildung die Geschichten von ehemaligen Vertragsarbeiterinnen und -arbeitern filmisch erzählte. In der Dokumentation „Wir haben Spuren hinterlassen“ steht die mosambikanische Community, ihr Leben, ihr Ankommen, ihre Zukunft im Mittelpunkt. Und damit auch unser Preisträger.

Von allen anderen eingereichten Vorschlägen für den Integrationspreis unterscheidet sich Antonio da Silva in

einem ganz eindeutig: Hinter ihm steht kein Verein, es gibt keinen festen Treffpunkt, keine staatliche Förderung. Der Mosambikaner ist – nachdem 1979 das Vertragsarbeiterabkommen zwischen der DDR und Mosambik abgeschlossen wurde – im Jahr 1981 als Vertragsarbeiter nach Lichtenberg gekommen und absolvierte eine Ausbildung im Fleischkombinat. Seine große Leidenschaft gilt dem Fußball, er war viele Jahre lang Spieler des SV Lichtenberg 47 und trainierte später junge Fußballspieler. Darüber hinaus organisierte er regelmäßig Grillfeste für seine Community im Stadtpark Lichtenberg. Wichtig ist ihm die Gemeinschaft. Er sagt: „Wenn wir uns treffen, geht es uns gut.“

Seit 2002 gilt ein Grillverbot in Lichtenberger Parks. Auf den Weg gebracht vom damaligen Bezirksstadtrat für Öffentliche Ordnung, Umwelt und Verkehr und jetzigen Bezirksbürgermeister Martin Schaefer. Der würdigte die Verdienste Antonio da Silvas bei der Preisverleihung ausdrücklich und versprach, sich darüber Gedanken zu machen, wie dessen Aktivitäten trotz des Verbots weiter unterstützt werden können. Darauf werden wir ganz gewiss ein Auge haben.

Die Dokumentation und die Laudatio von Malte Voß finden sich auf der Seite der Fach- und Netzwerkstelle Licht-Blicke.

TATJANA BEHREND

■ www.licht-blicke.org

KOMMENTAR



Lichtenberger Wohnungs- bündnis – ein Papiertiger?

Die Kosten für das Wohnen sind für viele Menschen zur existenziellen Sorge geworden. Statt endlich den erfolgreichen Volksentscheid zur Vergesellschaftung der großen Immobilienkonzerne umzusetzen, schließen CDU und SPD lieber lockere Vereinbarungen mit den Unternehmen, sogenannte Wohnungsbündnisse. Ein solches existiert nicht nur für ganz Berlin, sondern auch auf der Lichtenberger Ebene. Doch was bringt so ein Bündnis?

Offenbar hatten nur wenige Unternehmen Lust, überhaupt eine Vereinbarung mit dem Bezirk zu treffen: Weder Lichtenbergs größte Wohnungsgenossenschaft, die WGLi, noch Berlins größter Wohnungsbesitzer, Vonovia / Deutsche Wohnen, sind Teil des Bündnisses. Bis auf die HOWOGE fehlen auch alle städtischen Wohnungsgesellschaften. Für das Ziel, jährlich 2 000 Wohnungen zu genehmigen, verpflichtet sich der Bezirk, Vorhaben für Wohnungsbau und soziale Infrastruktur priorisiert zu bearbeiten. Ob das nur für Vorhaben der Unterzeichner gilt oder grundsätzlich, bleibt hier unklar. Darüber hinaus garantiert der Bezirk in dem Papier Selbstverständlichkeiten („eine frühzeitige, abgestimmte Kommunikation zwischen Bezirksamt und Antragstellern“) oder Floskeln („Beteiligungsverfahren werden ergebnisorientiert koordiniert und moderiert“). Wurden Beteiligungsverfahren vorher völlig planlos durchgeführt?

Und zu welchen Auflagen verpflichten sich die Immobilienkonzerne? „Die privaten Vorhabenträger:innen verpflichten sich, Flächen zu erwerben, um diese zu bebauen und nicht Spekulation zu betreiben“. Im weiteren werden wohnumfeldverbessernde Maßnahmen und frühzeitige Anwohner:innenbeteiligung vereinbart. Geschieht dies nicht, drohen drakonischen Strafen: Laut Bezirksamt „steht es den Mitgliedern des Bündnisses jederzeit frei, eine vermeintliche Nichteinhaltung der Vereinbarungen bei den Mitgliedern zu thematisieren und deren Einhaltung anzumahnen“. Wirklich sehr heftig. 2026 möchte der Bezirk dann eine „Rückschau“ auf das Wohnungsbündnis mit dem „Reflektieren des Erreichten“ verbinden. Amen.

ALEXANDER ROSSMANN

Planungen für Hochleistungsradweg entlang der U5

Die Idee für eine Radverbindung zwischen Marzahn-Hellersdorf und dem Ostkreuz kam aus der Zivilgesellschaft. Auf der neuen Strecke, die quer durch die Lichtenberger Orts-

gleich drei Bezirke an der Umsetzung eines Radweges von gesamtstädtischer Bedeutung arbeiten würden.

Wie bei anderen bezirksübergreifenden Radschnellwegen auch sollte



Möglicher Verlauf des Radweges U5, Ausschnitt aus der Machbarkeitsstudie von 2023 der EIBS GmbH in Zusammenarbeit mit der Ramboll GmbH.

teile Friedrichsfelde, Karlshorst und Rummelsburg führen würde, könnte man auf dem Fahrrad wohl ähnlich schnell vom Stadtrand in die Innenstadt kommen wie mit dem PKW oder den öffentlichen Verkehrsmitteln. Da der Radweg zu einem großen Teil entlang der U5 verlaufen könnte, wird er „Radbahn U5“ genannt.

Eine Machbarkeitsstudie der landeseigenen InfraVelo GmbH bestätigt grundsätzlich, dass die Einrichtung des Radweges möglich wäre. Formal wären jedoch die Bezirke für die Umsetzung zuständig. Die haben aber bereits abgewinkt: Es sind weder Geld noch Personal vorhanden, um die Radbahn U5 zu planen. Gleichzeitig wäre es nicht besonders sinnvoll, wenn mit Friedrichshain-Kreuzberg, Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf

sich der Senat des Themas annehmen. Mit der InfraVelo verfügt er auch über eine eigens hierfür gegründete Planungsgesellschaft, die das Projekt koordinieren könnte. Daher hat DIE LINKE in der Lichtenberger Bezirksverordnetenversammlung beantragt, den gordischen Knoten zu zerschlagen, indem der Bezirk den formalen Aufschlag für die Radwegeplanung macht. Gleichzeitig soll er sich an den Senat wenden und die InfraVelo um Hilfe bei der Planung ersuchen. Auf diese Weise könnte die notwendige Einbeziehung des Senats erfolgen, und die knappen Ressourcen des Bezirksamtes würden geschont. Der Verkehrsausschuss der BVV hat den Vorschlag der LINKEN bereits gebilligt.

ALEXANDER ROSSMANN

Ideen für sinnvolle Nutzung für gesperrte Straße

Inzwischen ist es mehr als zwei Jahre her, dass die Rudolf-Reusch-Straße im Abschnitt zwischen Rathaus- und Normannenstraße zur Einbahnstraße wurde. Damit konnten zum einen viele Parkplätze erhalten werden, weil beidseitiges Parken möglich ist. Zum anderen ist aufgrund des veränderten



Versiegelte Fläche und nichts weiter, in der Rudolf-Reusch-Str. sollte dringend etwas passieren.

Neue Rahmenpläne für Friedrichsfelde

Im vergangenen Jahr sind für die Plangebiete Großsiedlung Friedrichsfelde und das Gebiet Rosenfelder Ring/Gensinger Viertel städtebauliche Rahmenpläne durch das Bezirksamt erstellt wurden, die im letzten Monat erstmals einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt wurden.

Diese städtebaulichen Rahmenpläne sollen als informelles Planungsinstrument zukünftige städtebauliche Planungs- und Entwicklungsmöglichkeiten untersuchen und eine Perspektive für eine zukünftige Nutzung eröffnen. Einigkeit bestand darüber, dass der Bevölkerungswandel von einer älteren Wohnbevölkerung hin zu jüngeren Menschen und Familien mit Kindern zu einem kontinuierlichen Bevölkerungsanstieg führen wird.

Während das Bezirksamt für das Gebiet Rosenfelder Ring und Gensinger Viertel die Wohnungsbaupotenziale als weitgehend ausgeschöpft

sieht, werden für die Großsiedlung Friedrichsfelde insgesamt rund 2 200 weitere Wohnungen für wünschenswert gehalten. Aus linker Sicht ist diese Größenordnung kritikwürdig. Bereits in den letzten Jahren war Friedrichsfelde überproportional von Nachverdichtung betroffen. Während einige dieser Projekte die vorhandene Wohnbebauung sinnvoll ergänzten, drohen andere, wertvolle Grünzüge und Freiräume zu zerstören und damit die Lebensqualität der Friedrichsfelder erheblich einzuschränken. Auch ist unklar, wie die vorhandene soziale Infrastruktur den avisierten Bevölkerungssprung um bis zu 13 000 Einwohner bis zum Jahr 2040 bewältigen soll. DIE LINKE wird weiter kritische Fragen stellen und dem Bezirksamt keinen Blanko-Check zum „Bauen, Bauen, Bauen“ ausstellen.

ANTONIO LEONHARDT



In der Großsiedlung Friedrichsfelde sollen in den kommenden Jahren mehr als 2 000 Wohnungen entstehen.

Verkehrsflusses ein kleiner Abschnitt autofrei geworden und auch entsprechend von beiden Seiten mit Pollern abgesperrt.

Mehr passierte leider nicht, es ist nach wie vor eine asphaltierte Fläche ohne jegliche Nutzungsmöglichkeit. Wir hätten viele Ideen, was an dieser Stelle möglich wäre: zum Beispiel temporär eine Spielstraße, Hochbeete für Mieter:innengärten, Sitzgelegenheiten für alle und vieles mehr. Auch ein kleiner Mini-Wald (nähere Infos dazu gab es in unserer vorherigen Ausgabe) wäre sicher machbar und gut gegen immer mehr Hitze im Sommer.

Um allerdings nicht an den Interessen der Anwohnenden und anliegen-

den Gewerbetreibenden vorbei Konzepte zu entwickeln und umzusetzen, wünschen wir uns, gemeinsam mit allen vor Ort hier Ideen zu entwickeln.

Deshalb fordern wir das Bezirksamt mit einem unserer vielen Anträge in der November-Bezirksverordnetenversammlung unter anderem dazu auf, auf der abgesperrten Straßenfläche zwischen der Rudolf-Reusch- und der Normannenstraße gemeinsam mit den Anwohnenden und anliegenden Gewerbetreibenden Ideen für langfristige Nutzungen zu entwickeln und umzusetzen, um die Aufenthaltsqualität zu steigern.

Wir werden regelmäßig nachschauen, ob und was sich verändert.

KERSTIN ZIMMER

Gutes für Leib und Seele ...



Saskia Wenzel und Tatjana Behrend, Bürgerdeputierte und Verordnete der Fraktion DIE LINKE in der BVV Lichtenberg, am Getränkeauschank im Heinrichtreff.

... dafür sorgte im Rahmen der Freiwilligentage am 30. September ein Freiwilligen-Team rund um Thorsten Schacht, Pastor der Baptistengemeinde Berlin-Lichtenberg. Wie schon in den Jahren zuvor wurden Menschen, die sich in herausfordernden Lebenssituationen befinden, die ohne Ob-

dach und Wohnung sind, zu einem gemeinsamen Mittagessen in den Kiezgarten Heinrichtreff eingeladen. Das Team hatte dieses Treffen sehr liebevoll vorbereitet: Kuchen gebacken, Salate angerichtet, Fleisch und Wurst für den Grill besorgt, Kaffee gekocht, Getränke bereitgestellt. Jeder

Gast konnte sich Kleidung auswählen und erhielt einen Beutel mit Hygieneartikeln wie Zahnbürsten, Rasierern, Seife, Duschgel, aber auch kleine Decken und Trinkflaschen.

Betroffene Menschen wurden von Thorsten Schacht aktiv angesprochen, zu dem Essen eingeladen und auch dort hingefahren. Auf einer seiner Touren begegnete ihm eine Frau, die als Friseurin arbeitet und sich spontan anbot, mit in den Heinrichgarten zu kommen und dort Bedürftigen die Haare zu schneiden. Das, sagte sie mir, empfinde sie als eine wirklich sinnvolle, befriedigende Beschäftigung.

Bei toller Live-Musik verging die Zeit wie im Fluge. Wichtig war, mit den Gästen ins Gespräch zu kommen, über ihre Schicksale, Sorgen und Nöte zu sprechen. Vor allem aber, ihnen ganz konkret Unterstützung anzubieten. Es gab viele wertvolle Tipps, Verabredungen zur weiteren Hilfe und sehr berührende Momente. Ein großes Dankeschön für das große Engagement der zahlreichen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer!

TATJANA BEHREND

Lichtenberger Queerpreis für mehr Akzeptanz

Das war ein sehr schöner Abend am 11. Oktober im Kulturhaus Karlshorst. Bei bester Musik und viel guter Laune wurde der 2. Queerpreis in Lichtenberg an Burghart Tuchel verliehen. Seit sechs Jahren arbeitet er bei der ZIK – Zuhause im Kiez gGmbH Berlin im Betreuten Einzelwohnen, eine Einrichtung für Menschen mit HIV/Aids und anderen chronischen, somatischen Erkrankungen zur besseren Wohnraumversorgung sowie psychosozialer Betreuung. Viele der hier betreuten Menschen gehören der queeren Community an. In dem Vorschlag



Bezirksstadträtin Camilla Schuler, Preisträger Burghart Tuchel, Claudia Engelmann und Kerstin Zimmer (v. l. n. r.).

ist zu lesen: „Wir möchten in unserer Arbeit innerhalb des Teams sowie mit unseren Klient:innen, dass wir uns alle wohlfühlen, wir uns gegenseitig respektieren, achten und wertschätzen; egal, welche Kultur oder sexuelle Identität jemand hat. Wir bieten einen sicheren Raum für Menschen der queeren Community und engagieren uns für mehr Akzeptanz in der Gesellschaft.“

Burghart Tuchel identifiziert sich selbst als „queer“. Er engagiert sich in seiner Arbeit in der Arbeitsgemeinschaft „Diversity“, die sich u.a. mit der Aufarbeitung von Diskriminierungsvorfällen beschäftigt und hat bereits mehrere Menschen auf dem Weg der Geschlechtsangleichung begleitet. Privat trifft man ihn in der queeren Szene als Dragqueen. Diskriminierungsfreie, queersensible Betreuungsarbeit ist leider noch keine Selbstverständlichkeit. Umso wichtiger, dass es Menschen wie ihn gibt, die einen bedeutenden Beitrag zur Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt leisten. Wir gratulieren ihm sehr herzlich. Mögen es ihm viele gleichtun.

KERSTIN ZIMMER

CLAUDIA ENGELMANN

Volleyball auch am Abend – Flutlicht ausweiten im Stadion des BVB 49



Auf dem Volleyballfeld kann nur im Hellen gespielt werden, sonst liegt es im Dunkeln.

Auf dem Gelände des Sportvereins Berliner Verkehrsbetriebe 49 (SV BVB 49) in der Siegfriedstraße 71 entstanden nach Abriss der alten Schwimmhalle viele neue Flächen für unterschiedliche Ballsportarten. Auch die Gebäude wurden umfassend saniert. Insgesamt gesehen handelt es sich bei der Sportanlage um einen Ort, der vielen Freizeitsportler:innen gute

Möglichkeiten bietet.

Am Rande unseres Jahresempfangs wurden wir auf ein Problem aufmerksam gemacht:

Die Fußball- und Tennisplätze sind jeweils mit eigenem Flutlicht ausgestattet und können daher fast rund um die Uhr genutzt werden. Leider ist ausschließlich das Volleyballfeld ohne jegliche Beleuchtung und daher

nur im Sommer auch abends lange nutzbar. Mit Beginn der dunkleren Jahreszeit wurde nunmehr erneut der Wunsch geäußert, auch das Volleyballfeld länger nutzen zu können. Volleyball ist ein Teamsport, der nur gemeinsam Spaß macht und somit auch das soziale Miteinander fördert – anders als z. B. beim Tennis, wo regelmäßig zwei Personen in gegenseitiger Konkurrenz miteinander spielen. Deshalb sollte das Volleyballfeld ebenfalls eine (Flut-)Lichtanlage erhalten, um auch im Herbst, Winter und Frühjahr längere Nutzungszeiten zu ermöglichen und somit das friedliche gesellschaftliche Miteinander noch mehr zu fördern.

Mit einem Antrag in der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung im November fordern wir daher das Bezirksamt auf, zusätzlich zu den Fußball- und Tennisplätzen auch das Volleyballfeld mit insektenfreundlichem Flutlicht auszustatten.

Wie siamesische Zwillinge – Bärbel und Günter Stecher



Günter und Bärbel Stecher

Ehrenamtliches Engagement ist in der heutigen Zeit keinesfalls selbstverständlich. Darunter versteht man eine unentgeltliche Arbeit, die dem Gemeinwohl dient. Bärbel und Günter Stecher engagieren sich seit 2018 ehrenamtlich für die Linkspartei. Ihr Enkel Toni Kraus hatte sie damals gebeten, ihn als studentischen Mitarbeiter im Wahlkreisbüro von Gesine Löttsch in der Zingster Straße in Hohenschönhausen zu unterstützen. Dort machen sie seither Büro- und Telefondienst. Günter verteilt auch die Infolinks vom Wahlkreisbüro aus an die einzelnen Verteiler in Hohenschönhausen. Einmal im Monat treffen sich Bärbel und Günter mit den Mitarbeitern dort und machen einen Plan für die anstehenden Aufgaben. Beide sind auch an den Roten Tafeln anzutreffen, die im Bezirk an den verschiedensten Plätzen von der LINKEN organisiert werden. Dort gibt es frisch gegrillte Thüringer Bratwurst, Soljanka und Kuchen. Die Tafeln dienen nicht nur dem leiblichen Wohl, sondern hier werden Flyer verteilt, hier können Fragen an Vertreter der Linkspartei gestellt werden.

Günter ist der Bratwurstbräter. 80 bis 100 Würste gehen dann über den Tisch. Es kann schon vorkommen, dass die Großeltern Bratwurst braten und ihr Enkel Toni, der Mitglied der Lichtenberger Linksfraktion ist, den Besuchern der Tafeln über die Arbeit in der BVV berichtet.

Bärbel und Günter Stecher sind seit 51 Jahren verheiratet. Beide sind seither unzertrennlich, siamesische Zwillinge wie Günter lachend

erklärt. Sie kommen beide aus Thüringen, was man auch heute noch hört. Bärbel wurde 1953 in Stadtilm geboren und erzählt von einer schö-



Günter und Bärbel Stecher beim Bratwurstbraten.

nen Kindheit mit zwei Schwestern und den Großeltern. In Gotha hat sie die Pädagogische Fachschule besucht und als ausgebildete Kindergärtnerin abgeschlossen. In diesem Beruf hat sie bis 1990 gearbeitet und dann bis zum Renteneintritt in der Verwaltung in Reinickendorf Kitakosten berechnet. Die Ausbildung zur Kindergärtnerin war in der DDR auf einem hohen Niveau, davon ist sie fest überzeugt, denn die Kinder

kamen gut vorbereitet in die Schule.

Günter stammt aus Gotha und wurde dort 1951 geboren. Er hat später in Berlin Rechtswissenschaften studiert. In Gotha haben sich beide auch kennengelernt. Seit 1975 wohnen sie in Berlin, dort hatte Günter eine Arbeit angenommen. Sie haben eine Tochter, zwei Enkel und einen Urenkel. Nach Thüringen zieht es sie immer wieder. So verreisen sie mit der 10-jährigen Enkelin in ihre alte Heimat. Sie leben in Alt-Hohenschönhausen in einem Haus mit sechs Mietparteien. Hier gibt es noch echte Nachbarschaftshilfe, die man eigentlich nur noch aus DDR-Zeiten kennt. Man vertraut sich untereinander und hilft sich. Sie berichten, wie sie in Zeiten von Corona eine kranke Nachbarin gepflegt haben, sind für sie einkaufen gegangen und haben sie bei Arztbesuchen begleitet. Dass Familie Stecher im Haus angesehen ist, zeigte ein Blumenmeer vor ihrer Wohnungstür anlässlich ihrer Goldenen Hochzeit. Günter spielt auch gerne mit

WANN UND WO

- 16. November, 17 Uhr
Bezirksverordnetenversammlung,
Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36.
Auch im LiveStream:
videotron.de/lichtenberg/

KULTURTIPP

Ein anderes Land. Jüdisch in der DDR

Mit der aktuellen Sonderausstellung (bis zum 14. Januar 2024) widmet sich das Jüdische Museum Berlin einem gewöhnlich wenig beachteten Teil der deutsch-jüdischen Nachkriegsgeschichte. Gezeigt wird dabei ebenso das religiöse Leben in den acht kleinen jüdischen Gemeinden der ehemaligen DDR wie das antifa-



Alice Zadek mit ihrer Tochter Ruth und ihrem Neffen David Hopp auf der Stalinallee (Karl-Marx-Allee), Berlin ca. 1956; Jüdisches Museum Berlin, Schenkung von Ruth Zadek.

schistische Selbstverständnis und die sozialistische Utopie vieler jüdischer Kommunisten, die sich nach dem Holocaust für die DDR als das „bessere Deutschland“ entschieden.

ANTONIO LEONHARDT

IMPRESSUM

Herausgeber:

DIE LINKE in der BVV Lichtenberg
V.i.S.d.P. Norman Wolf, Antje Schiwatschew

Adresse der Redaktion:

Möllendorffstraße 6, 10367 Berlin

E-Mail: fraktion@die-linke-lichtenberg.de

Web: www.linksfraktion-lichtenberg.de

Telefon: (030) 90 296 31 20

Fax: (030) 55 92 307

Redaktionsschluss: 25. Oktober 2023

Gestaltung: Uta Tietze

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH



DANIELA FUCHS

Jedem Kind eine Perspektive – gemeinsam gegen Kinderarmut!

In Berlin leben über 150.000 Kinder und Jugendliche in Familien, die Sozialleistungen erhalten. Diese Zahl ist schlimm und zeigt: Bisher gibt es keine Antwort auf die Frage, wie Kinderarmut bekämpft werden kann. Im Gegenteil! Armut hat viele weitere Gesichter: Bildungsungerechtigkeit, fehlende Chancen in der sozialen Teilhabe, Ungleichheiten in der gesundheitlichen Grundversorgung. Ausgrenzung in fast allen Lebensbereichen ist die Folge und behindert massiv gute Startbedingungen ins Leben.

Was hilft? Die einfachste Antwort lautet: GELD. Geld, das die Bundesregierung zahlen müsste, zahlen könnte, wenn sie nur wollte. Aber weder die Bundesregierung noch der Senat wollen. Die neue Kindergrundsicherung – sie verdient diesen Namen nicht! Sie soll eine Leistung für alle Kinder sein, soll vor Armut schützen und gleiche Chancen schaffen, aber Millionen von Kindern werden weiterhin von Armut betroffen sein. Wir als Bezirk können nicht ersetzen, was Aufgabe der Bundesregierung ist. Es ist aber unsere Pflicht, im Rahmen



Camilla Schuler: Es ist unsere Pflicht gegen Kinderarmut anzukämpfen.

unserer Möglichkeiten gegen Kinder- und Jugendarmut anzukämpfen, um Armut so gut es geht zu lindern.

Genau darum ging es bei der 3. Lichtenberger Kinderarmutskonferenz. Wir blicken zurück auf vier Jahre Auf- und Ausbau von Präventionsstrukturen, gemeinsame Diskussionen und Arbeit an konkreten Themenbausteinen. Das Pilotprojekt der Schulgesundheitsfachkräfte wurde durch DIE LINKE etabliert, die digitale

Kinderstadt steht in den Startlöchern, und Fachkräfteschulungen zum Bildungs- und Teilhabegesetz wurden durchgeführt. Lichtenberg ist ein anerkannter familiengerechter Bezirk. Es gibt ein Netzwerk für Alleinerziehende, und durch DIE LINKE ist die Einrichtung flexibler Kinderbetreuung in vielen Stadtteilen erfolgt. Hier zeigt sich, was DIE LINKE bewirkt: Nicht labern, sondern handeln!

CAMILLA SCHULER

Rückkehr zur Demokratie in Polen

Am 15. Oktober wählten die Polinnen und Polen ein neues Parlament, den Sejm.

Der Wahlkampf von Seiten der Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) unter dem Vorsitz von Jarosław Kaczyński wurde mit äußerster Brutalität geführt. Besondere Zielscheibe war der Führer der größten Oppositionspartei, der wirtschafts-

politisch liberalen „Bürgerplattform“, Donald Tusk. Er sei ein deutscher Spion, wurde immer wieder verkündet, der sein Vaterland an Deutschland verkaufen wolle. Die staatlichen Medien sind in PiS-Hand und konnten ungestraft Lügen verbreiten.

Obwohl die PiS Partei die meisten Stimmen für sich verbuchen konnte und trotz einer geplanten Koalition

mit der rechtsextremen „Konföderation“ (Konfederacja) reichte es nicht für eine Mehrheit im Parlament.

Dieses gelang einem Bündnis von demokratischen Oppositionsparteien. Dazu gehörten neben der Bürgerplattform der „Dritte Weg“ (Trzecia Droga), eine für die Wahl geschlossene politische christlich-liberale Koalition, und die „Neue Linke“ (Nowa Lewica), die nicht nur durch ihre Geschlossenheit beeindruckte, sondern viele Wähler mit ihren Themen wie Sozialpolitik und Verbesserung der Lage der Frauen angesprochen hat. Die Geschlossenheit der Opposition war bereits bei der Großdemonstration am 1. Oktober von fast einer Million Menschen in Warschau beeindruckend sichtbar geworden. Sie hatten genug von Kaczyński und seiner antieuropäischen, frauenfeindlichen Politik, die sich auch gegen Minderheiten richtete.

Möglich ist, dass der Präsident Polens Andrzej Duda, ein PiS Politiker, die Regierungsbildung so weit wie möglich hinauszögert.

DANIELA FUCHS



Die Autorin Daniela Fuchs zu Besuch bei der Neuen Linken in Warschau im Herbst 2022.

Ein gutes Leben im Alter – für alle!

Immer mehr ältere Menschen verarmen, immer mehr beziehen Grundversicherung im Alter. Die Pflegekosten explodieren, und die Preise für Nahrungsmittel und Energie steigen.

Jetzt reicht's! Das wollen wir nicht länger hinnehmen. Am 5. Oktober haben wir als Bundesarbeitsgemeinschaft Senior:innenpolitik, angelehnt an den Internationalen Tag der älteren Menschen, erstmals gemeinsam an verschiedenen Orten in Deutschland ein Zeichen gesetzt, die LAG in Berlin direkt vor dem Roten Rathaus.

Als prominenter Hauptredner stand Gregor Gysi: „Bisher wusste ich, ehrlich gesagt, gar nicht, dass es diesen Tag der Älteren oder für die Älteren auf der Welt gibt. Bin jetzt aber froh, es zu wissen. Und ab jetzt muss uns was einfallen, Jahr für Jahr, um über das Schicksal der Älteren in unserem Land, aber auch über unser Land hinaus nachzudenken.“



Gregor Gysi machte sich bei der Aktion vor dem Roten Rathaus für Senioren stark.

Die Vorsitzende des Landesseniorenbeirats, Eveline Lämmer, betonte in ihrer Rede: „Für uns ist ein gutes Leben im Alter immer auch ein gutes Leben in jedem Alter. Viele Verbesserungen für Ältere kommen auch anderen Generationen, Menschen mit Migrationserfahrungen, Menschen mit Behinderungen, Pflegebedürftigen, Kranken und einsamen Menschen zugute.“

Es war ein guter erster Auftakt – direkt unter dem Fenster des Regierenden Bürgermeisters. Das hat uns ermutigt, die Aktion 2024 zu wiederholen – und wenn noch mehr aktiv werden: jedes Jahr.

SONJA KEMNITZ

Mit starker LINKER Stimme in den EU-Wahlkampf

Mit dem Entwurf des Wahlprogramms für die bevorstehende Europawahl möchte DIE LINKE den vielfältigen Krisen der Gegenwart begegnen. Das übergeordnete Ziel ist eine grenzübergreifende Marktregelung und der Ausbau von Demokratie. Im Wesentlichen stützt sich der Programmentwurf dabei auf die folgenden fünf Punkte:

- 1. Umverteilen für soziale Gerechtigkeit.** Der gesellschaftliche Reichtum soll so umverteilt werden, dass er für ein gutes Leben für alle reicht – hohe Vermögen und Konzerngewinne sollen zur Finanzierung des Gemeinwesens überall in der EU beitragen.
- 2. Wirtschaft sozial und ökologisch gerecht umbauen.** Die Industriepolitik muss so auf-, um- und rückgebaut werden, dass gute Arbeit geschaffen und das Klima geschützt werden kann. Dabei müssen gleichzeitig das öffentliche Eigentum und die Mitbestimmung gestärkt werden.

3. Klimagerechtigkeit. Die EU steht in besonderer Verantwortung für einen schnellen Ausstieg aus fossilen Energieträgern und Produktionsweisen. Dafür müssen die Finanzierungshilfen der EU und der Europäischen Investitionsbank erhöht werden.

4. Frieden und soziale Gerechtigkeit weltweit. Der zunehmenden Blockkonfrontation muss eine friedliche Alternative und Entspannungspolitik entgegengesetzt werden. Diese muss internationales Recht und den Weg der Diplomatie und Verhandlung stärken und Fluchtursachen bekämpfen.

5. Mehr Demokratie, weniger Lobbyismus. Das Europäische Parlament muss gestärkt werden und ein uneingeschränktes Initiativrecht bekommen. Damit muss der Einfluss der mächtigen Lobbyverbände in Brüssel begrenzt werden.

LENA SCHLEENBECKER



Das LINKE Spitzenteam für Europa: Özlem Alev Demirel, Carola Rackete, Martin Schirdewan und Gerhard Trabert (v. r. n. l.).

Für einen Aufbruch Ost mit Herzlichkeit und Verstand



Ines Schwerdtner, die sich für die Liste der LINKEN zur Europawahl bewirbt, tourt seit Wochen durch den Osten.

Zuletzt war ich am 1. September in Lichtenberg in Gesines Wahlkreis zum Friedensfest. Dort wurde mir wieder klar: Frieden ist keine Selbstverständlichkeit. Wir haben jüngst wieder erfahren, warum er politisch gewollt werden muss.

Europa steht auch deshalb vor einer Richtungsentscheidung: Werden wir zu einem Kontinent, der sich für den Krieg rüstet, sich abschottet – und dabei die Menschen verarmen lässt, während Rechte die Deutungshoheit übernehmen? Oder entscheiden wir uns dafür, ein gerechtes und demokratisches Europa zu erkämpfen? Unsere Zukunft steht auf dem Spiel.

Um mich für die Liste der LINKEN zur Europawahl zu bewerben, fahre ich seit Wochen durch den Osten. Wir alle wissen, dieser steht an einem

Kipppunkt zur rechten Vorherrschaft. Ich komme selbst aus Sachsen und kenne den Osten auch als eine widerständige und eigensinnige Region. Und ich will zeigen, dass ein Aufbruch Ost mit Herzlichkeit, Verstand und Zuversicht möglich ist, wenn wir glaubwürdig für die Menschen im Osten streiten.

Zum Schluss ist mir wichtig zu betonen, dass es auch um die Existenz der Partei selbst geht. DIE LINKE steht für Solidarität mit den Menschen – aber auch unter Genossinnen und Genossen. Ich würde mir in Zukunft eine andere politische Kultur und einen anderen Umgang untereinander wünschen. Nur so können wir auch andere davon überzeugen, dass eine andere, eine solidarische Welt möglich ist.

INES SCHWERDTNER

60 Jahre Frankfurter Auschwitz-Prozess

Auschwitz ist der Hauptort eines präzedenzlosen Verbrechens und eines Zivilisationsbruchs: Millionen von Menschen – allen voran Jüdinnen und Juden – sind in Auschwitz, dem größten deutschen Vernichtungslager, systematisch ermordet worden. Nach dem Sieg über Nazi-Deutschland begannen in Polen, Deutschland und Österreich Gerichtsverfahren, die als Auschwitzprozesse bezeichnet wurden. Das waren erste Versuche, die NS-Verbrechen im Lagerkomplex Auschwitz aufzuarbeiten.

Nach langen Kämpfen gegen das Schweigen in der Bundesrepublik

Deutschland kam es auf Initiative des Hessischen Generalstaatsanwaltes Fritz Bauer zum Frankfurter Auschwitzprozess, der im Dezember 1963 im Frankfurter Römer begann (1963–1965). Der Prozess prägte die Debatte um die deutsche Auseinandersetzung mit der Nazi-Vergangenheit nachhaltig. Auf einer Konferenz der Links-Fraktion im Bundestag wird der Frage nach der strafrechtlichen Aufarbeitung des Judenmordes nachgegangen. Hierfür sollen das gesellschaftliche Klima der Nachkriegszeit in der jungen BRD und DDR betrachtet sowie die in Polen geführ-

ten Auschwitzprozesse hinzugezogen werden.

Wesentlicher Bestandteil ist auch die mediale Begleitung des Prozesses. Dazu gehört die Auseinandersetzung mit der unmittelbaren Fernsehpublizistik, hier am Beispiel des selten

gezeigten Dokumentarspiels „Auschwitzprozess – Impressionen von der Hauptverhandlung“ (1964), das maßgeblich vom DDR-Rechtsanwalt Friedrich Karl Kaul initiiert wurde, der in Frankfurt/M. als Nebenkläger fungierte.

DETLEF KANNAPIN



Auschwitzprozess in Frankfurt/Main.

Dankeschön an unsere Ehrenamtlichen!

Was wäre unsere Zeitung, wenn sie nicht regelmäßig verteilt und in die Briefkästen gesteckt würde?

Um genau diesen Einsatz zu würdigen, bedankte sich – schon einer kleinen Tradition folgend – der Lichtenberger Bezirksvorstand auch in diesem Jahr wieder bei allen Zeitungsverteilerinnen und -verteilern für ihr Engagement.

In gemütlicher Runde kamen trotz herbstlichen Wetters unsere Ehrenamtlichen zusammen und erlebten bei guter Kost vom Grill einen ausge-



Die Stimmung beim Verteilertreffen im „Suppe und Stulle“ war ausgelassen. In lockerer Atmosphäre wurden Erfahrungen ausgetauscht.

lassenen und angenehmen Nachmittag. In guter und lockerer Stimmung konnten auch Erfahrungen ausgetauscht und Fragen besprochen werden. Dabei zeigte sich einmal mehr, dass auch die Ortsverbandssprecherinnen und -sprecher ein offenes Ohr für die Belange der Verteiler haben sollten, um auf Ausfälle durch Krankheit oder Umzüge reagieren zu können.

Als besonderen Gast konnten wir unsere Bundestagsabgeordnete Dr. Gesine Lötzsch begrüßen, die diese Zusammenkunft auch schon viele Jahre begleitet.

Vielen Dank an alle, die dabei waren und an „Suppe und Stulle“ für die Versorgung.

ANDREA SCHACHT

Für einen Mietenstopp

Am 14. Oktober 2023 trafen sich die Delegierten des Bezirksverbandes Lichtenberg zur 3. Tagung der 8. Hauptversammlung im Nachbarschaftshaus im Ostseeviertel in Hohenschönhausen. Nach den Redebeiträgen der Bezirksvorsitzenden Camilla Schuler, unserer Bundestagsabgeordneten Dr. Gesine Lötzsch und unseres Fraktionsvorsitzenden der BVV-Fraktion, Norman Wolf, stiegen wir ein in die Generaldebatte. Einige Genossinnen und Genossen nutzten die Gelegenheit, Probleme, Herausforderungen, aber auch Positives in und um die Parteiarbeit in Lichtenberg anzusprechen und zur Diskussion anzuregen.

Alle eingegangenen Anträge, die sich mit den Themen Wohnungs- und Verkehrspolitik, aber auch mit unserer parteiinternen Neuausrichtung beschäftigen, wurden danach beraten und beschlossen. Damit sprechen wir uns für die Fortsetzung des Mietensstopps und Kündigungsmoratoriums bei städtischen Wohnungsunternehmen aus und fordern eine Bereitstellung der Planungsmittel für die



Der Geschäftsführende Vorstand der Lichtenberger Linken Antonio Leonhardt, Camilla Schuler und Robert Schneider.

U-Bahnlinie 11. So wollen wir für die Menschen in unserem Bezirk Lichtenberg das Beste herausholen.

Lichtenberg braucht eine starke linke Stimme – wir müssen uns auf das wirklich Wesentliche konzentrieren, um für die Menschen des Bezirks eine gute Interessenvertretung zu sein.

ROBERT SCHNEIDER

Was tun gegen Gewalt an Frauen*?

Am 25. November wird seit 1999 anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen* der vielen Betroffenen gedacht und auf die nach wie vor großen Missstände bei der Behebung der Ursachen aufmerksam gemacht. Deutschland hat sich mit der Ratifizierung der Istanbulkonvention im Jahr 2018 verpflichtet, die dort aufgeführten Maßnahmen umzusetzen. Es geht leider nur schleppend voran.

Laut dem Index für Frauen, Frieden und Sicherheit der Georgetown Universität befindet sich Deutschland auf Rang 17, ist im Vergleich zu Vorjahren abgestiegen. Natürlich hat sich viel verändert und auch verbessert. Wie widrig die Umstände für gewaltbetroffene Frauen* und ihre Kinder aber nach wie vor sind, lässt sich gerade in vielen wichtigen Publikationen namhafter Juristinnen wie Asha Hedayati und Christina Clemm oder Journalistinnen wie Susanne Kaiser nachlesen.

Wir sind uns einig, dass es mehr Schutzplätze für gewaltbetroffene Frauen* und Kinder geben muss. Dies

reicht jedoch bei Weitem nicht aus. Gewalt an Frauen* wird dadurch nicht aufhören. Was kann also eine Gesellschaft beitragen, um Gewalt an Frauen* zu verhindern?

Es braucht ein Bewusstsein dafür, wie sexistisch unsere Gesellschaft ist. Wie frauenfeindlich und akzeptierend gegenüber Ungleichbehandlung und systematischer Ausgrenzung. In einer solchen „Kultur der Gewalt“ wird Gewalt verharmlost und umgedeutet. Gewalt gegen Frauen* kann nach wie vor stattfinden, weil sie im System verankert ist. Weil die Wirtschaft unseres Landes über die Ausbeutung auch von Frauen* funktioniert. Weil Frauen* nicht geglaubt wird, wenn sie von Gewalt berichten – den Tätern aber schon, wenn sie es bestreiten. Weil wir alle bei frauenfeindlichen, diskriminierenden, sexistischen und rassistischen Kommentaren nicht laut werden und uns wehren.

Mein Wunsch zum 25. November 2023 ist daher: Werden Sie alle laut!

JULIANE W., LEITERIN EINES FRAUENHAUSES

MIT RAT & TAT

TERMINE

- **5.11., 10 – 12 Uhr**
Politischer Frühschoppen, Thema: „Kinderarmut – Woher sie kommt. Wohin sie führt.“, Havana Bar Karlsruhorst
- **7.11., 18 Uhr**
Gespräch zu Polen nach der Wahl, mit Dr. Daniela Fuchs; Geschäftsstelle, A.-Kowalke-Str.
- **14.11., 18 Uhr**
Konzert und Gespräch mit Tino Eisbrenner; Saal der Rosa-Luxemburg-Stiftung; Kontakt: alrun.kaune-nuesslein@rosalux.org, Kosten: 12 €, ermäßigt 8 €
- **16.11., 19 Uhr**
LINKES Kneipenquiz, Havana Bar Karlsruhorst
- **20.11., 19 Uhr**
Bezirksvorstandssitzung; Geschäftsstelle, A.-Kowalke-Str.
- **25.11., 13 Uhr**
Friedensdemonstration der LINKEN, Brandenburger Tor
- **29.11., 18:30 Uhr**
Lesung mit Sebastian Lörcher aus seinem Buch, „Schatten der Gesellschaft. Die Obdachlosen von Berlin“; Cafe Zum Schwalbenschwanz

SPRECHSTUNDEN

- **Ines Schmidt, MdA, WK 1**
Mi., 8.11. 12 – 15 Uhr, Niederkirchnerstraße 5, Fon 01573 434 8586 oder dirk.walls@wk.linksfraktion-berlin.de
- **Sebastian Schlüsselburg, MdA, WK 4**
Mo., 6.11. und Mo., 27.11., jeweils 15 – 16 Uhr, Casa del Popolo, Buggenhagenstraße 19, Fon 285 065 24 oder schluesselburg.wkb@linksfraktion.berlin
- **Hendrikje Klein, MdA, WK 5**
Mo., 20.11., 16 – 17 Uhr, Wahlkreisbüro Alfred-Kowalke-Straße 14, Fon 985 653 62 oder team@hendrikjeklein.de

BERATUNGSANGEBOTE

- **Bürgerhilfe – Recht, Soziales, Miete** nach Vereinbarung, Ralf Schultheiß, Fon 992 707 25
- **Rechtsberatung** nach Vereinbarung, Antonio Leonhardt, Alfred-Kowalke-Straße 14, team@hendrikjeklein.de

OrankeBuch – ein gelebter Traum



Peggy Osladil hat sich mit ihrem Buchladen „OrankeBuch“ einen Lebenstraum erfüllt.

Die Buchhandlung OrankeBuch in der Konrad-Wolf-Straße 29 ist seit 20 Jahren beliebter Anlaufpunkt für die Menschen in Hohenschönhausen. Wer hier reinschaut, sollte Zeit mitbringen. Was zunächst als Schreibwarengeschäft startete, wurde nach der Übernahme des Ladens von Reinhard Freund durch Peggy Osladil vor etwa anderthalb Jahren zu einer Buchhandlung. Sie erfüllte sich damit einen Lebenstraum. Die studierte Juristin, die zwölf Jahre lang als Selbstständige Räume ausstattete, ist eine Quereinsteigerin in den Buchhandel. Besonders der persönliche Kontakt zu ihrer Kundschaft bereichert seitdem Peggy Osladils Berufsalltag. Es finden immer wieder nette Gespräche statt, die über die Empfehlungen von Literatur hinausgehen. Die enge Bindung zu ihrer Kundschaft zeigte sich auch während der Corona-Pandemie – so gab es auch in dieser Zeit keine größeren Umsatzeinbußen.

Das Sortiment von OrankeBuch ist sehr vielseitig. Neben aktuellen Büchern auf den Ladentischen finden sich bewährte Romane und Krimis sowie Literaturklassiker in den Regalen.

Die liebevoll gestaltete Kinder- und Jugendbuchecke verfügt ebenfalls über ein umfangreiches Sortiment. Es gibt eine kleine Geschenkecke, in der man immer eine Kleinigkeit findet. Natürlich fehlen auch politische

Sachbücher nicht. Derzeit findet sich zudem eine große Auswahl an verschiedenen Kalendern für das kommende Jahr. Diese erfreuen die Kundschaft jedes Jahr besonders.

Gefragt nach einem Buchtipps für die Leser:innen der info links, empfiehlt Peggy Osladil das Buch „Die Postkarte“ von Anne Berest – ein autobiographischer Roman, in dem die Autorin dem Schicksal ihrer eigenen Familie nachgeht. Dr. Gesine Löttsch verlost für die Leser:innen der info links ein Exemplar dieses Romans. Bitte bis 23. November eine Mail an gesine.loetzsch@bundestag.de oder per Post an Deutscher Bundestag, Dr. Gesine Löttsch, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, schreiben.

Und wer sich gern vorlesen lässt, kommt im OrankeBuch ebenfalls auf seine Kosten. Regelmäßig lädt Peggy Osladil zu Autorenlesungen in den gemütlichen Buchladen ein.

LENA SCHLEENBECKER

■ www.orankebuch.de

Fotorätsel



Wo kann man Ole Bienkopp, der Titelfigur aus dem gleichnamigen Roman von Erwin Strittmatter, begegnen? Die fünf Gewinner, die aus den richtigen Einsendungen gezogen werden, können 2023 an einer Tagesfahrt in den Deutschen Bundestag teilnehmen. Auf dem Programm stehen u. a. ein Gespräch mit Gesine Löttsch, eine Führung durch den Bundestag und der Besuch eines Bundesministeriums. **Einsendeschluss: 23.11.2023.** Antworten bitte an: gesine.loetzsch@bundestag.de oder Post an: Deutscher Bundestag, Dr. Gesine Löttsch, MdB, Platz der Republik, 11011 Berlin. Bitte Geburtsdatum bzw. Telefonnummer oder E-Mailadresse angeben. **Die Lösung des Oktoberrätsels:** Die „Bremer Stadtmusikanten“ von Bildhauer Stephan Horota stehen im Hagenower Ring 75 in Hohenschönhausen.

Geschäftsstelle

DIE LINKE. Lichtenberg, Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Öffnungszeiten:

- Dienstag 12 – 17 Uhr
- Mittwoch 12 – 17 Uhr
- Donnerstag 12 – 17 Uhr
- Freitag 12 – 17 Uhr

Telefon 512 20 47
info@die-linke-lichtenberg.de

info links wird herausgegeben von:

DIE LINKE, Landesvorstand Berlin

Redaktionsadresse:

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE

Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Fon: (030) 512 20 47

Fax: (030) 516 592 42

Mail: info@die-linke-lichtenberg.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

V.i.S.d.P.: Camilla Schuler

Redaktionsschluss:

Ausgabe November: 25. Oktober 2023

Die nächste Ausgabe erscheint am

7. Dezember 2023.

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck

Die info links kann man auch online

abonnieren: Interessent:innen melden sich bitte in der Geschäftsstelle.

Spendenkonto:

DIE LINKE. LV Berlin / Lichtenberg

IBAN: DE 5910 0708 4805 2560 7803

BIC: DE UT DE DB 110

Bitte immer Verwendungszweck

angeben:
810-503, info links, Ihr Name, Vorname

KINO

- **Freitag, 10.11., 20 Uhr**
„Sherlock jr.“ Regie: Buster Keaton, Stummfilmvorführung mit Livemusik, Kulturhaus Karlshorst

BIBLIOTHEKEN

- **Sonntag, 5.11., 16 Uhr**
Workshop, Eine glücklichere Familien- und Schulzeit durch Achtsamkeit, Bodo-Uhse-Bibliothek, Erich-Kurz-Straße 9
- **Sonnabend, 11.11., 10 Uhr**
KULer Tag der Wissenschaft, Anna-Seghers-Bibliothek, Prerower Platz 2
- **Montag, 13.11., 19 Uhr**
LiteraturLive „Auf eine Currywurst mit Gregor Gysi“, Anton-Saefkow-Bibliothek, Anton-Saefkow-Platz 14
- **Dienstag, 28.11., 16 - 18 Uhr**
Workshop, Bücher falten: Kunst aus alten Büchern, Egon-Erwin-Kisch-Bibliothek, Frankfurter Allee 149

VORTRAG

- **Sonnabend, 25.11., 19:30 Uhr**
Geschichtsfreunde Karlshorst, Die Häuser im Sperrgebiet von Karlshorst, Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112
- **Dienstag, 28.11., 19 Uhr**
Geschichte im Konflikt: Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg in Russland, Museum Berlin Karlshorst, Zwieseler Straße 4

KONZERT

- **Sonnabend, 25.11., 18 Uhr**
Sonntag, 26.11., 16 Uhr
Dark Waves – Sinfonisches Konzert, Max-Taut-Aula, Fischerstr. 36

THEATER

- **Dienstag, 14.11., 15:30 Uhr**
Der Traumzauberbaum, Staatstheater Lichtenberg, Allee der Kosmonauten 67
- **Freitag, 17.11., 19 Uhr**
Schublade auf! Gegenwartsdramatik für junges Publikum, Auftakt der neuen Reihe, Junges Staatstheater Berlin, Parkaue 29

ZIRKUS

- **Sonnabend, 11.11., 14 Uhr**
Familienzirkus CABUWAZI
- **Sonntag, 26.11., 16 Uhr**
Manegenzauber im Advent: Innen anders, CABUWAZI Hohenschönhausen, Wartenberger Straße 175